

Der vergessene Mittelstand : kommentiert von Konrad Hummler

Autor(en): **Keller-Sutter, Karin / Hummler, Konrad**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **101 (2021)**

Heft 1085

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-958186>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Karin Keller-Sutter

Der vergessene Mittelstand

Erschienen in Heft 958, Band 88, 2008.

2000er | Eigenverantwortung

Die 68er und das antiautoritäre Gedankengut haben ausgedient. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wieder Werte und Grenzen. Diese lassen sich nicht allein über kühle Sachthemen vermitteln. Tiefe und einfache Steuern sind gut, denn sie geben den Menschen mehr Handlungsspielraum. Die Menschen erwarten vom Freisinn mehr als das. Sie wollen, dass man ihnen zuhört, sie ernst nimmt, auch dann, wenn es sich um Themen handelt, die man nicht im Wirtschaftsteil der NZZ findet. Und sie dürfen zu Recht von uns erwarten, dass wir nach unseren Grundsätzen leben und Freiheit stets mit Verantwortung verbinden. Diese Menschen erwarten nicht vom Staat, dass er ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten vom Staat, dass er ihnen nicht ständig noch mehr aufbürdet und sie in ihrer persönlichen Freiheit einschränkt. Sie wollen nicht noch mehr Umverteilung, Steuern, Verbote und Kontrollen. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden, sie an der Hand zu nehmen und sie durchs Leben zu führen.

Die Aufgabe des Staates ist es, für Rahmenbedingungen zu sorgen, damit alle eine faire Startchance bekommen und sich frei entscheiden und entfalten können. Auf diese Kernaufgabe muss sich der Freisinn konzentrieren. Als die Partei, die als Gründerin des modernen Bundesstaates gilt, haben wir die einmalige Chance, Tradition und Moderne miteinander zu verbinden, denn eine Gesellschaft kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie zu ihren Traditionen und Grundwerten steht, diese pflegt und auch verteidigt, gleichzeitig aber auch den Wandel ermöglicht.

Dabei müssen wir uns konsequent auf den freien und verantwortungsbewussten Menschen ausrichten. Als Richtschnur gelten dabei die liberalen Grundsätze: Privat kommt vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen und Freiheit vor Gleichheit. Mehr Freiheit hat aber nur dann Sinn, wenn gleichzeitig darauf geachtet wird, dass die sozialen Bindungen in unserer Gesellschaft tragfähig bleiben.



Karin Keller-Sutter. Bild: www.parlament.ch

kommentiert von Konrad Hummler

Es braucht den Aufstand der liberalen Justizministerin

In der Coronakrise scheint Bundesrätin Karin Keller-Sutter die Freiheit des Mittelstands vergessen zu haben. Warum trägt sie die Massnahmen mit?

Zwölf Jahre vor Corona stand im «Schweizer Monat» aus der Feder der damaligen St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter: «Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden, sie an der Hand zu nehmen und sie durchs Leben zu führen.»

Heute müssen wir konstatieren: Doch, doch, genau das ist offenbar die Aufgabe. Jedenfalls wurde es nunmehr über ein Jahr lang praktiziert. Ausnahmezustand, Notstand eben. Was hiess das praktisch? «Massnahmen gegen das neuartige Coronavirus», die oft bloss darauf hinausliefen, dass der Staat befiehlt, einschränkt oder gar verbietet, ja buchstäblich einsperrt, selber aber nicht oder nur mangelhaft liefert und leistet. Die Asymmetrie zwischen Lasten tragen und Leistungen erbringen ist das Frappierende an der gehabten Krise. Oder vielleicht mehr noch die Langmut, mit der Bürgerinnen und Bürger die Massnahmen ertrugen und die Unfähigkeit in der Staatsführung hinnahmen. Ein Volk von Schafen?

Die Bilanz für die helvetische Staatsführung fällt – nun ja – eher de-saströs aus, man kann es drehen und wenden, wie man will. Zu Beginn fehlte entscheidendes Material wie Masken und Beatmungsgeräte. Masken nützten nichts, wurde damals gesagt. Später, als es sie gab, mussten wir sie unter Bussandrohung umhängen. Kinder würden die Krankheit nicht übertragen, hiess es auch. Man liess deshalb die Schulen offen, während man den Rest des Volkes einsperrte. Dann schloss man die Schulen dennoch.

Epidemiologische Entscheide fielen systematisch zu spät, im Rückblick gesehen fast kontrazyklisch. Den deutlich sichtbaren Anstieg der Infektionszahlen ab August übersah man zugunsten von (Sport-)Grossveranstaltungen eventualvorsätzlich; ab Ende Oktober stieg die Mortalität in der Schweiz mehr an als in den meisten vergleichbaren Ländern. Testen sei enorm wichtig, hiess es ab Beginn. Aber erst nach einem Jahr gab es eine Teststrategie. Man führte ein Quarantäneregime für Reisende ein, aber für lange Zeit ohne Kontrollen an den Grenzen. Punkto Impfen liegt man, Stand Februar 2021, hinter Ländern wie Rumänien. Mittlerweile hat die Schweiz Rumänien überholt.

Weshalb konnte die Schweiz – das reichste und angeblich bestorganisierte Land der Welt – nicht mit Ländern wie Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder wenigstens Chile gleichziehen? Die Krisenführung lag während der ganzen Zeit in den Händen des Bundesrats, jenes Direktoriums, dessen Kollektivverantwortung man sich nur entziehen könnte, indem man rechtzeitig den Bettel hinschmeisst. Aber so was tut man in der Krise nicht.

Corona geht nun vorbei, der Ausnahmezustand auch. Was jedoch bleibt, ist die Erfahrung, dass man, wenn man will, auf diese Art regieren kann und dass es, leidlich zwar und mit pitoyablen Resultaten, auch funktioniert – zumindest bezüglich Machtzugewinn der Involvierten. Man nehme: eine genügende Portion Angst vor etwas hinreichend Unbekanntem, eine stattliche Anzahl von wohlgesinnten Experten

und eine Horde gesinnungsloyaler Journalisten, die man am besten gleich, «embedded», ins Team aufnimmt. Dann verkündige man die ausserordentliche Lage, und los geht's. Das nächste Mal dann nicht mehr zu einem gesundheitlichen Thema, sondern zu einer Teuerungswelle, zu einem Kollaps an den (nun reichlich genährten) Schuldenmärkten, zur drohenden Klimakatastrophe oder irgendwann auch wieder einmal zu einem Sicherheitsthema. Ausnahmezustand in Sicht? Notstand her!

Dann schalte man wieder das Parlament aus, nicht ganz, sondern nur teilweise; man hält es sich mit dem Instrument einer Sondersession «embedded». Man schalte auch den Föderalismus aus; auch das nur teilweise, indem man die Kantone immerhin ein wenig konsultiert. Man schalte das Volk aus, indem man es wieder zu Hause einsperrt und per regierungsnahem Radio und Fernsehen die Vorzüge der modernen Staatsführung schönredet. Der neuen Staatsführung per Dekret. Solange die zusätzliche Schuldenaufnahme vom Finanzsystem her noch funktioniert, verteile man Manna in Form von Kurzarbeits- und Ausfallentschädigungen an Bürgerinnen und Bürger, auf dass sich deren Nichtarbeit und Ausfall mehr lohnt, als wenn sie arbeiten würden. So «embedded» man auch das Volk, und es bleibt ruhig und kooperativ.

Was müsste eine mit der Corona-Vergangenheit und der damit verbundenen Kollektivverantwortung zwar ebenfalls belastete, liberale Justizministerin post Coronam tun, vorausgesetzt, sie glaubt immer noch an die Richtig-

«Karin Keller-Sutter müsste aus ihrer Warte einen Rechenschaftsbericht schreiben. Denn sie ist die Hüterin der Governance dieses Staates – und sie kennt die freiheitlichen Prinzipien besser als ihre Kollegen.»

Konrad Hummler

keit dessen, was sie vor zwölf Jahren geschrieben hatte? Nämlich: «Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden, sie an der Hand zu nehmen und sie durchs Leben zu führen.» Sie müsste sich hinsetzen und zuhänden ihrer eigenen Regierung mitteilen, wie Führung in der Krise unter Wahrung der wesentlichen und unverzichtbaren Rechte von Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft zu gestalten sei. Sie müsste aus ihrer Warte einen Rechenschaftsbericht schreiben. Denn sie ist die Hüterin der Governance dieses Staates – und sie kennt die freiheitlichen Prinzipien besser als ihre Kollegen.

Der Artikel im «Schweizer Monat» von 2008 beweist, dass die Justizministerin weiss, wie es sein sollte, wie es hätte sein müssen. Nichts dazu sagen geht nicht, denn zu viel von unserer Gesellschafts- und Staatskultur wurde preisgegeben. Jetzt geht es darum, dass sich die Zwangsmassnahmen nicht wiederholen oder, schlimmer noch, dass die gehabte «Führung im Ausnahmefall» nicht schleichend zum Normalfall wird. Von den Mitgliedern des Bundesrats ist

Karin Keller-Sutter aufgrund der Nichtinvolvierung ihres Departements in die derzeitige Krisenführung am wenigsten verantwortlich für das Geschehene. Sie kann unabhängig denken, weil sie sich nicht selber belasten muss.

Deshalb braucht es jetzt den *Aufstand der liberalen Justizministerin*. Nicht als Verrat an ihren Kolleginnen und Kollegen und schon gar nicht als Scherbengericht gegenüber einzelnen Exponenten, bewahre! Vielmehr geht es um die Korrektur der Strukturen und Prozesse, die zum absolut wie relativ schlechten Abschneiden der Schweiz geführt haben.

Am Ende stände vielleicht eine *Verfassungsänderung*. Eine neue Bestimmung, die festlegt, dass auch für nichtmilitärische Krisen die operative Führung durch einen «General» und einen Sonderstab zu erfolgen hat, der nach der Krise wieder abtritt, seine Vollmachten automatisch verliert und über seine Taten Rechenschaft ablegen muss. Übrigens: Das entsprechende (entmilitarisierte) «Bundesamt für Bevölkerungsschutz» hätte es als Kern-

organisation schon gegeben, und es wurde in früheren Krisenübungen auch schon einexerziert.

Das Exerzitium der Manöverkritik und der Ergreifung korrigierender Massnahmen ist für Karin Keller-Sutter eine notwendige, vielleicht auch hinreichende Bedingung, um als Persönlichkeit, die aus der Erfahrung lernt, in die Geschichte einzugehen. Staatsmännisch, eigenständig, liberal. ◀

Konrad Hummler

ist ein Schweizer Unternehmer, Publizist und ehemaliger Privatbankier.

WELTWOCHEN

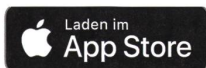
daily



Das Wichtigste für den Tag

Unabhängig, kritisch, gut gelaunt

Jetzt kostenlos testen auf
www.weltwoche-daily.ch.



Apple logo® und Apple® sind Marken
von Apple Inc.



Google Play ist eine Marke von Google LLC.

Wir gratulieren dem
«Schweizer Monat» zum
100. Jubiläum und
wünschen alles Gute!
Herzliche Grüsse
Die Weltwoche
(12 Jahre jünger)